

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Entnahme der Zeitung halbjährlicher Gewalt oder Betriebsführung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Zeile 35 Goldpfennige. Für telefonisch erteilte Aufträge Übernahme der Kosten. — Für telefonisch erteilte Aufträge Übernahme der Kosten.

Nr. 33.

Altensteig, Montag den 9. Februar.

Jahrgang 1925

## Zweierlei Demokratie

Der nachstehende Aufsatz des Schweizer Gelehrten Eudard Blocher in Zürich ist den Blättern für das Studententum (Verlag: Moritz Schönbauer, Jahr 1. u. 2.) entnommen.

Das, was man in Deutschland jetzt zu verwirklichen erhebt, ist eine Art der französischen Demokratie; das, was in der Schweizerischen Eidgenossenschaft lebt, ist ein Erzeugnis deutscher Entwicklung. Der Unterschied besteht im Aufbau des Staatslebens. Hier und dort soll nach den veränderten Grundfäden der Volkswille die Grundlage sein; er ist es auch, aber in ganz anderer Weise, so ganz anders, daß doch schließlich die beiden Arten von Demokratie kaum mehr etwas mit einander zu schaffen haben. Verwirrt und vertuscht wird diese Verschiedenheit erstens durch den gemeinsamen Namen Demokratie, und dann freilich auch dadurch, daß die Demokratie der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei ihren Um- und Ausbauarbeiten im vorigen Jahrhundert Formeln und Formulierungen verwendet hat, die aus der reichen politischen Literatur Frankreichs stammen. Für längst vorhandenes und Bodenständiges haben wir nachträglich in Form von „Grundfäden“, Lehrsätzen, auch Amtsnamen und dergleichen, fremde Bezeichnungen angenommen, die den Schein erwecken, als wäre die französische Revolution Ursprung und Grundlage unserer Demokratie, während sie in Wirklichkeit nur Schutt weggefegt hat, unter dem die Grundmauern des ursprünglichen Gebäudes wieder sichtbar wurden.

Dieses Gebäude ist die altgermanische Volksversammlung. Ihr Grundzug ist der Aufbau von unten. Bei ihr tritt zu Tage, daß das Deutsche älter ist als das Allgemeine. Der Staat ist nicht eingeteilt in Gemeinden, sondern zusammengesetzt aus Gemeinden; nicht der Staat überläßt den Gemeinden, sondern die Gemeinden überlassen dem Staat Befugnisse. Das gesamte Land ist nicht eingeteilt in Verwaltungsbezirke, sondern es ist zusammengesetzt aus Einzelstaaten, Dorfgemeinde, Talgemeinde, Landsgemeinde, eidgenössische Volksgemeinde, so steht sich alles zusammen; ebenso aus freien Städten und selbstgewordenen Fürstentümern das Deutsche Reich, oder aus Grafschaften der englische Königsstaat, und heute wieder aus Dominions der fünf Weltteile das britische Weltreich. Das ist germanische Demokratie. So entstand die heutige Schweizerische Demokratie, der Volksstaat, der neben den Vereinigten Staaten Amerikas dem Ideal eines wirklich vom Volk selbst regierten Staates am nächsten gekommen ist, und der einzige, der sich durch die Sauberkeit seiner politischen Sitten wirklich Achtung erworben hat. — Schauplatz des öffentlichen Lebens sind die Gemeinden, ist das ganze Land, das Dorf wie die Stadt. Es ist die ganz aus dem germanischen Geiste geborene Demokratie der Wirklichkeit.

Daneben gibt es eine romanische Demokratie, zunächst in Frankreich verkörpert. Für sie ist bezeichnend der Ausbau von oben herunter. „Im Anfang war der Staat“, heißt es da. Der Staat ist eingeteilt in Bezirke, Kreise und zuletzt Gemeinden. An der Spitze steht die Regierung, diese ernannt für die Verwaltungsbezirke Statthalter und Unterstatthalter, für die Gemeinden einen Vorsteher (den zu wählen die französischen Gemeinden erst seit 40 Jahren das Recht haben). Während der germanische Volksstaat sich verwaltet, wird die romanische Demokratie verwaltet von der Regierung. Ohne Zustimmung der Gemeinde kann sie verkleinert, vergrößert, aufgeteilt, mit anderen Gemeinden vereinigt werden gleich einem gewöhnlichen Grundstück. Die Bezirke sind möglichst gleich groß, haben alle dieselben Rechte und Pflichten und keine gesetzgeberischen Befugnisse irgend einer Art. Das Volk wählt einen Gemeinderat, einen Bezirksrat, die beide sehr wenig Befugnisse haben, und eine Volksvertretung fürs ganze Land. Es wählt, weiter hat es nichts zu sagen und ist einfach Gegenstand verwaltungstechnischer Tätigkeit der Regierung und ihres Beamtenheeres.

Der Einzelne hat in dieser Art Demokratie nichts zu sagen; hat er gewählt, so ist er alsbald wieder Untertan. Der örtliche Geist, die örtlichen Ueberlieferungen kommen nicht zu ihrem Recht. Der germanische Geist sagt: hier in meinem Winkel lasse ich mich nicht dreinreden (auf englisch: mein Haus meine Burg), eines schiedt sich nicht für alle. Auf dieser Grundlage ruht unsere Schweizerische Demokratie, das kind oberdeutschen Bauerngeistes, ist die germanische Demokratie die der Wirklichkeit, so können wir die französische die Demokratie des Gedankens nennen. Sie verkündet eine Staatslehre von Freiheit, Gleichheit, Wettbewerb aller Tüchtigen, sie lehrt diese Sätze in den Schulen, schreibt sie überall auf Stempelpapier und Türpfosten und erzeugt dadurch das beglückende Gefühl, daß sie etwas zu

geben, zu verwirklichen habe. Das Bewußtsein, in einem von früheren Vorurteilen befreiten Staat zu leben, der die vernünftige, richtige, ewige Lehre von der menschlichen Gemeinschaft verkörpert, erhebt dem Romanen die Freiheit und Mannigfaltigkeit des örtlichen Eigenlebens und eine ständige tätige Mitwirkung im öffentlichen Leben. Das öffentliche Leben spielt sich nur in der Hauptstadt, in der Volksvertretung, dem Parlament (d. h. „Reichstag“), wo man durch Bildung von Mehrheiten gegen die Regierung auf diese einen fortwährenden Druck zu üben versucht. Dies ist der sogenannte „Parlamentarismus“, der während des ganzen Krieges dem Deutschen Reich so eifrig empfohlen worden ist. Als demokratisch gilt er deswegen, weil das Parlament aus allgemeinen Volkswahlen hervorgeht. In Wirklichkeit steht das Volk den Antrieben, Wünschen und Beweggründen des parlamentarischen Lebens ebenso fern, wie den Mächtschaften in der Umgebung eines Fürstentums.

Mit gänzlicher Gleichgültigkeit geht es allerdings nicht, Bayern und auch andere Länder lassen sich nicht zu einseitigem Verwaltungsbezirken erniedrigen. Aber man geht so weit, wie man kann. Den ganzen Plunder gallisch-revolutionärer Scheinfreiheit und Parlaments- und Präfektenwirtschaft haben wir da kommen. Nicht die Stammerwarte Schweiz, nein Frankreich ist das Vorbild, kein deutsches Vorbild, sondern die weißliche Girone ist die Geburtsstätte dieses neuartigen angeblich deutschen Staatsgebildes. Es ist wohl unbestritten, wenn der kleine Bruder aus den Waldstätten sich dem in Verwirrung geratenen Riesen als nachahmenswertes Vorbild in empfehlende Erinnerung bringt. Aber Bestand haben kann doch schließlich nur, was aus dem eigenen Volksgemüte geboren ist und deshalb nicht an innerer Unwahrheit krankt.

## Aus dem Sumpfland der Korruption

Die Finanzskandale Warum Bauer gehen mußte

Berlin, 7. Febr. Der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlichte einen Brief, der von dem Barmat'schen Amalgamkonglomerat unter dem 27. September 1923 an den Reichskanzler a. D. Bauer gerichtet worden sein soll. In dem Schreiben heißt es u. a.:

Ihre an Herrn Barmat gerichteten Schreiben vom 26. d. Mts. ist uns zur Erlebidigung übergeben worden.

Wir fügen anbei einen Auszug Ihrer Rechnung, aus dem Sie zu ersehen belieben, daß Sie noch 1207,66 Dollar und 1 915 700 Mark zu bekommen haben, dagegen haben Sie 910 holländische Gulden (gleich 357,35 Dollar zum heutigen Kurse von 254,37) zu viel bekommen, so daß Sie im ganzen 860,31 Dollar und 1 915 700 Mark zu bekommen haben.

Die Vermutungen, die Sie in Ihrem Briefe vom 12. September aussprechen, sind absolut unbegründet. Ebenso unzutreffend sind die Angaben Ihres heutigen Briefes, wie Sie aus dem Auszug ersehen können. Die Viertel Prozent Umsatzprovision ist seit dem 1. April durch 3/4 Prozent monatlich ersetzt worden, so daß sie nicht mehr in Betracht kommt. Zinsen für die Beschaffung des 6-Milliardenkredits haben Sie nicht zu beanspruchen, da Ihnen dafür etwa 2000 Dollar bezahlt wurden. Natürlich war es unzulässig, wie Sie ja selbst wissen, für Sie Devisen zu kaufen, nachdem Sie Ihre Devisen im Juni haben verkaufen lassen.

Wir wollen ganz davon schweigen, welche kolossalen Verluste Sie Herrn Barmat durch Ihre authentischen Informationen aus höchsten Kreisen zugefügt haben. Wir wollen auch unerwähnt lassen die 1000 holländischen Gulden, die Sie für Herrn Barmat außer der Reihe bekommen haben und die vielen hundert Gulden, die Herr Barmat Ihnen in Holland ohne jeden Grund gegeben hat; auch die vielen Hunderttausende Mark, die Ihnen Herr Barmat seinerzeit gegeben hat, wo die Mark noch sehr viel wert war, und die 600 Demos-Aktien, die Ihnen franko überlassen wurden, wollen wir jetzt nicht in Rechnung stellen.

Die sozialdemokratische Kampftagestrafaktion hat Bauer zur Mandatsniederlegung veranlaßt. Ganz abgesehen von der Art der Geschäftsbauers — allein die Tatsache, daß Bauer vor dem Untersuchungsamt des preussischen Landtages wahrheitswidrig erklärt hat, er habe keine Zuwendungen von Barmat erhalten, war für die Reaktion entscheidend, um von Bauer abzurufen.

In der Affäre Bauer, die im Vordergrund der Landtagsdebatten steht, wärts Mitte über ein E. rechnungsgewissen vom 10. Okt. 1920, 23 die

Unterstützten des früheren Reichspostministers Hoffe, des damaligen Reichskanzlers Dr. Stresemann und des damaligen Reichsverkehrsministers Oeser trägt und mit den amtlichen Stempeln versehen ist und die Deposten- und Handelsbank AG. Berlin an den Börsenvorstand dringend empfiehlt. Trotz der Empfehlungen der drei Minister hat der Börsenvorstand jedoch das Gesuch nicht beachtet. Sowohl der Börsenkommissar des preussischen Handelsministeriums wie der preussische Devisenkommissar lehnten es ab, der notorischen Schieberbank, für die sie das Bankrotstempel, die verlangten Befugnisse einzuräumen. Trotzdem soll die Bank auf andere Weise entschädigt worden sein, und zwar soll sie fünf Millionen Reichsmark erhalten haben, nach deren Empfang die beiden Direktoren der Bank flüchteten und seitdem stöckbriefflich verfolgt werden. Die Angelegenheit bedarf dringend der genauesten Aufklärung.

Die „Berliner Börsenzeitung“ stellt fest: Hiernach zeigt sich die Barmat-Affäre in einem zum Teil ganz neuen Licht. Einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten, die schon jetzt schwer belastet erscheinen, werden bestimmte Daten und Zahlen entgegengehalten. Noch wichtiger aber dürfte sein, daß nach dem uns bekanntgewordenen Material damit gerechnet werden muß, daß die Verluste, welche die Preussische Staatsbank erleiden wird, voraussichtlich alle bisherigen Schätzungen übertreffen werden. Der Sumpf der politischen Korruption reicht nach allem viel weiter und die finanzielle Schädigung von Staat und Reich ist viel größer, als die Öffentlichkeit bisher angenommen hat. Die Behörden und die Parlamentsausschüsse sind ja nun an der Aufräumungsarbeit. Man kann nur wünschen, daß sie so rücksichtslos wie nur irgend denkbar, in jeder Richtung und gegen jede Person, vorgehen, damit das deutsche Volk wieder das Gesühl erhält, in reiner Luft zu leben.

Auf Grund einer Meldung der SS-Korrespondenz sprach Julius Barmat, nachdem die Haftentlassungsanträge bisher abgelehnt worden sind, zu energischen Mitteln greifen zu wollen. In eingeweihten Kreisen verlautet mit großer Bestimmtheit, daß Julius Barmat der Staatsanwaltschaft gegenüber mitgeteilt habe, er besitze außerordentlich schwerwiegendes Material gegen Reichspostminister Hoffe und den Abgeordneten Lange-Hegermann, sowohl nach der Richtung hin, was die Neuhaltungen des ehemaligen Ministers betreffe, als auch nach der mehr privat-geldgünstigen Seite des genannten Abgeordneten hin.

In diesem Zusammenhang spielt auch heute der Spritschieber Weber wieder eine Rolle. In der Berliner Presse war behauptet worden, daß gewisse Zusammenhänge zwischen Dr. Stresemann und Spritweber beständen. Diese Zusammenhänge wurden von der „Zeit“ entschieden in Abrede gestellt. Doch gibt die „Zeit“ zu, daß der Spritweber unbestritten in den Klub der Deutschen Volkspartei als „Patentkind“ Stresemanns eingeführt worden sei, und zwar auf Empfehlung von Frau Oheim. Weiter gibt die „Zeit“ zu, daß Weber der Klubkasse der Deutschen Volkspartei nennenswerte Beträge zugeführt habe.

In der „Berliner Börsenzeitung“ wird behauptet, daß für die Seehandlung, Reichsbank und Girozentrale eine Bilanz der Barmat'schen Unternehmen aufgemacht sei, in der diese mit überhöhen Wertsummen aufgeführt worden wären. Damit wurden besonders Neuanschuldigungen gegen den Zentrumsabgeordneten Lange-Hegermann erhoben.

Als ein neuer Bankandal kennzeichnen sich die Vorgänge, die sich bei der Luisenstädtischen Genossenschaftsbank in Berlin abgepielt haben. Darüber weiß das „Berliner Tageblatt“ zu berichten. Diese Bank erhielt Kredite aus Staatsmitteln mit der Auflage, einen bestimmten Teil dieser Gelder an Gemeinden zu einem bestimmten Zinssatz auszuliehen. Tatsächlich hat sie die Gelder nicht bestimmungsgemäß verwendet, sondern den Gemeinden nur die Hälfte des an sie ausleihenden Teiles in bar ausbezahlt, für die andere Hälfte aber eigene Akzepte gegeben. Die Deutsche Girozentrale hat auch in einem Rundschreiben an die Gemeinden bereits vor Monaten vor dieser Bank gewarnt. Wie der Zentrumspreste mitgeteilt wird, soll die Bank 250 Goldmark in Rumänien angelegt haben. Die verantwortlichen Geschäftsführer sind, wie das „Tageblatt“ weiter meldet, inzwischen geflüchtet. Die Bank ist nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Es handelt sich in erster Linie um Verpflichtungen gegenüber einer Anzahl Gemeinden, so die Städte Bonn und Gugen. Die Bank hat aber auch mit Staatsgeldern gearbeitet.

# Neues vom Tage.

Die Holzfirma Gebr. Himmelsbach und die Ausnützung und Verwüstung deutscher Wälder durch die Franzosen.

Vor dem Schwurgericht in Moabit hat sich in diesen Tagen der Herausgeber der Zeitschrift „Der Holzmarkt“, Otto Firnbach, Berlin, wegen fortgesetzter Beleidigungen des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der bekannten Holzfirma Gebrüder Himmelsbach, AG., zu verantworten. In mehr als 70 Artikeln hatte Firnbach die Firma Himmelsbach beschuldigt, die deutschen Wälder in der Pfalz mit Einverständnis der Franzosen verwüsten zu lassen, so daß der angerichtete Schaden nach Ansicht von Sachverständigen sich in 100 Jahren nicht wieder gutmachen lasse. Unter anderem führte der Angeklagte zu seiner Entlastung aus, daß die Firma Himmelsbach und noch eine Reihe anderer Holzfirmen an die französische Forstkommision fertiggeschnittenes Bauholz für das französische Wiederaufbaugesbiet geliefert habe. Die Gegenleistung aber erfolgte nicht in Geld, sondern in der Anweisung der französischen Forstkommision, deutsche Waldgebiete im selben Maße für sich zu verwenden. Es kamen Verträge zustande zwischen der Firma Himmelsbach und den Franzosen, von denen die deutsche Reichsregierung nichts erfuhr. Als der Abschluß des Dawesgutachtens drohte, der die Waldausnützung hindern mußte, soll eine ungeheuerliche Abholzung mit der größten Eile innerhalb weniger Wochen stattgefunden haben. Man kann auf den Ausgang dieses Prozesses, der auch noch in politische Kreise hineinreicht, mehr als gespannt sein.

## Marx preußischer Ministerpräsident

Berlin, 9. Febr. Der interfraktionelle Ausschuss des preußischen Landtag, aus Zentrum Demokraten und Sozialdemokraten trat am Samstag mittag zu einer etwa einstündigen Sitzung zusammen, um die durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten Braun gegebene Lage zu besprechen. Dr. Hortion scheint als Ministerkandidat nicht mehr in Frage zu kommen. Das Zentrum verhandelt noch mit dem früheren Reichskanzler Marx, ob er gewillt sei, die Kabinettsbildung in Preußen zu übernehmen. Eine Entscheidung des Herrn Marx liegt noch nicht vor. Man ist in parlamentarischen Kreisen der Ansicht, daß zunächst die Frage nach der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten gelöst sein müsse, ehe man die weitere Frage, ob die alte Weimarer Koalition oder eine Minderheitsregierung aus Zentrum und Demokraten unter Unterstützung anderer Parteien kommen werde, zur parlamentarischen Erörterung stellen könne.

## Meinungsverschiedenheiten in der Kontrollkommission?

Paris, 7. Febr. Dem „Evening Standard“ in London zufolge ist die Verzögerung in der Vorlegung des Schlussberichts der verbändlerischen Kontrollkommission auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den französischen und englischen Mitgliedern der Kommission zurückzuführen. Während die Franzosen besonders der (angeblichen) Neubildung des deutschen Großen Generalstabs und der Vermehrung der Polizeibestände große Bedeutung beimessen, richten die Engländer ihr Augenmerk hauptsächlich auf das in den Krupp- und sonstigen Werken vorhandene, zur Herstellung von Artillerie verwendbare Material. Nach einmütiger Auffassung der Mitglieder der Kontrollkommission sei Deutschland außerstande, einen neuen Krieg zu unternehmen. Dem „Temps“ zufolge wird der Schlussbericht der Kontrollkommission für Montag erwartet. Der Bericht soll an demselben Tage dem verbändlerischen Militärausschuss, der unter dem Vorsitz Fochs in Versailles tagt, übergeben werden.

## Der griechisch-türkische Konflikt

Paris, 7. Febr. Wie aus Angora gemeldet wird, hat das Außenministerium dem griechischen Gesandten in Athen die türkische Antwort auf die griechische Einspruchsnot überreicht. Die Antwortnote stelle fest, daß die Ausweisung des Patriarchen eine innere Angelegenheit der Türkei sei, in

die eine Einmischung nicht geduldet werden könne. Griechische Blätter zufolge haben die türkischen Behörden in Konstantinopel das Eigentum der drei angesehensten griechischen Bankiers beschlagnahmt. Angeblich gehen die Türken mit dem Gedanken um, demnächst den Besitz sämtlicher in Konstantinopel ansässiger griechischer Kasse zu beschlagnahmen.

## Niederlage Mussolinis?

Rom, 7. Febr. Der italienische Ministerpräsident tritt am Freitag in der Senatskommission zur Prüfung des neuen Wahlgesetzes eine Niederlage, indem dieser Ausschuss einstimmig beschloß, den bereits vom Parlament erledigten Entwurf an die Kammer zurückzuverweisen. Sie soll an dem Entwurf im wesentlichen zwei Änderungen vornehmen, und zwar die für die Empfehlung einer Kandidatur bisher notwendigen Stimmen von 400 auf 200 herabsetzen und die Zeit für die Sammlung der Unterschriften von 5 auf 12 Tage erhöhen.

## Oesterreichisch-spanischer Handelsvertrag

Wien, 7. Febr. Zwischen der Oesterreichischen und der spanischen Regierung ist in Madrid nach mehrwöchigen Verhandlungen ein Handelsvertrag zustande gekommen. Der Vertrag sichert Oesterreich eine ziemlich ausgedehnte Meistbegünstigung zu, sodas von nun an auf eine ganze Reihe Oesterreichischer Waren die spanischen Mindestzölle angewandt werden. Der bis dahin geltende Salutzuschlag wird aufgehoben.

## Die Skandal-Chronik

Berlin, 7. Febr. Die Angelegenheit der Depositen- und Handelsbank, der die Minister Dr. Höpfe, Dr. Stresemann und Dezer am 26. Okt. 1923 ein Empfehlungsschreiben ausstellten, wäscht sich zu einem bemerkenswerten Ausschütt aus dem ungeheuren Höpfe-Skandal aus. Die Kredite, die Dr. Höpfe dem Schwindelerunternehmen gab, wurden mit Tagesverdienst von 1/4 bis 1/2 Millionen Goldmark weiter verliehen. Die erzielten Bilanzgewinne wurden in Dividenden angelegt, die im Schwarzverkehr ausgeteilt wurden. Auch in dieser Angelegenheit spielt nun aber in schwerster Weise der Mißbrauch parlamentarischer Macht hinein. Im Aufsichtsrat des Unternehmens, der ins Ausland geschickt ist, war Dr. Fleischer, bis vor kurzem Reichstagsabgeordneter der Zentrumspartei, der durch seine berühmten Aufwertungsanträge noch vor wenigen Monaten heroorgetreten ist. Dr. Fleischer hat von dem Aktienhaber der Depositen- und Handelsbank (Wolpe) laufende Provision bezogen. Dr. Fleischer hat an demselben Tag, an dem die drei Minister ihre Empfehlungen für die Handels- und Depositenbank zurückzogen, am 11. Dezember 1923, noch in einem Brief an Reichskanzler Dr. Stresemann geschrieben, damit dieser den preußischen Handelsminister und den Geheimrat Fellingner zugunsten der Schwindelerbank beeinflussen solle.

## Konflikt im Untersuchungsausschuss

Berlin, 7. Febr. Der preußische Untersuchungsausschuss für die Karmat-Kredite begann Samstag mit einer Reihe von Beweisunterlagen des Abg. Ruttner, die sich auf die Persönlichkeit des Kriminalkommissars Ringhammer bezogen. Dann begann die Vernehmung des Ministerialdirektors Jall. Im Verlauf kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Jall und dem deutschnationalen Vorsitzenden Deersberg, weil letzterer angeblich Jall zu scharf anfaßte. Der Zwischenfall führte zu einem Konflikt der Ausschussmitglieder mit Deersberg und zur Niederlegung des Vorschies durch diesen.

## Neue Deutschen-Vergewaltigung

Prag, 7. Febr. Wie die tschechische Presse meldet, beabsichtigt die Prager Regierung, die deutsche tschechische Schule in Prag mit der Brünner Technischen Hochschule zu vereinigen. Diese Vereinigung kommt einer Aufhebung gleich.

## Wiederaufbau in Frankreich

Paris, 7. Febr. Unter dem Vorsitz des Finanzministers hat gestern in Anwesenheit von französischen Finanzräten und Vertretern der Bevölkerung der ehemaligen Kampfgebiete im Ministerium des Aeußern eine Sitzung stattgefunden, in der der neue Regierungsplan für die Wiederauf-

bauarbeiten bekanntgegeben wurde und von den Anwesenden günstig aufgenommen wurde. Der Plan sieht für 1925 für Wiederaufbauarbeiten 2.400 Millionen Franken vor. Davon werden 1 Milliarde Franken durch die Staatskasse in bar zur Verfügung gestellt, eine weitere Milliarde soll durch eine innere Anleihe gewonnen werden.

## Aus der französischen Kammer

Paris, 7. Febr. Die Kammer hat sich über die Politik der Regierung hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide ausgesprochen und die Maßnahmen der Regierung in einer Vertrauensfrage mit 328:225 Stimmen angenommen. Darauf hat sich die Kammer in einer Nachsitzung mit der Beratung eines vom Ackerbauminister eingebrachten Gesetzentwurfes über Maßnahmen zwecks Sicherstellung der Ernährung beschäftigt und hat diesen mit 332:223 Stimmen angenommen. Dieser Gesetzentwurf legt die Ameliorpflicht für Getreide- und Wehloorräte fest, ermächtigt die Behörden zu Requisitionen, wenn der Stand der Ernährung es fordert. Darauf hat sich die Kammer bis auf nächsten Dienstag vertagt.

## Württembergischer Landtag

Stuttgart, 6. Febr. Am Freitag abend beriet man das Kapitel Technische Hochschule. Vom Ausschuss lagen hierzu eine Reihe von Anträgen vor, die die Regierung zu Ergänzungen über den Ausbau der Technischen Hochschule und ihrer Einrichtungen auffordern. Abg. Egelhaaf (DB) legte sich besonders für die Geschichtsprofessur ein und Abg. Dr. v. Sieber (Dem.) wünschte dem Abg. Egelhaaf, der 49 Semester lang den Lehrauftrag für Geschichte hat, daß ihm auch das 50. Semester vergönnt sein möge. Das Haus begleitete diesen Wunsch mit lebhaften Bravorufen. Abg. Bod (Ztr.) erzeugte so etwas wie Kassenjammerstimmung, als er darauf hinwies, daß der Etat 1925 ein Defizit von 17 Millionen bringen werde und daß unter diesen Umständen nur die wichtigsten Bedürfnisse Befriedigung finden könnten, vor allem der Wohnungsneubau. Und nun kam man plötzlich zu der Erkenntnis, daß man mit den Anträgen im Finanzausschuss über das Ziel des finanziell Möglichen hinausgeschossen ist. Staatspräsident Bazille erklärte, daß er die Stellung von Anträgen nicht verhindern könne, daß er aber immer unterschieden habe zwischen Anträgen, die sofort angenommen werden können und solchen, deren Tragfähigkeit noch geprüft werden muß. So nahm man dann schließlich die Ausschussanträge an.

Am Samstag ging die Beratung weiter. Beim Kapitel 64 (Landesanstaltssammlungen) gab es eine längere Aussprache. Der Abg. Bruckmann (Dem.) rechristlichte die Ausstellung „Die neue deutsche Kunst“. Abg. Mergenthaler (WBl.) verlangte einen größeren Einfluß der schaffenden Künstler im Landesanstaltsschicht. Wahre Kunst ist nicht für sich selbst da, sondern muß eine erhebende sittliche Wirkung ausüben. Abg. Heymann (Soz.) erklärte sich gegen jede staatliche Benormung der Kunst. Abg. Dr. Schermann (Ztr.) verurteilte scharf die Objektivitäten in der Ausstellung „Neue deutsche Kunst“. Abg. Dr. Hölcher (WB.) sagte, die Kunst zeige auch den Verfall einer Zeit. Manche heutige sogenannte Kunstschöpfungen gehören in ein Archiv für Geisteskranke und nicht in Kunstsammlungen. Für die Erhaltung des Ulmer Münsters ist staatliche Hilfe notwendig. Abg. Göhring (Soz.) sprach gleichfalls für die Erhaltung des Ulmer Münsters. Abg. Wüder (WB.) wandte sich ebenfalls gegen die Kunstausstellung von 1924. Präsident v. Bälz lehnte es ab, sich mit der unlösbaren Frage zu befassen: Was ist Kunst? Und wo hört die Kunst auf? Hier handelt es sich um fließende Begriffe. Kein Landtag und kein Reichstag kann die Kunst regeln, sie ist Ausdruck des Persönlichen. — Hierauf wurden die Ausschussanträge angenommen, die sich u. a. auf die Schaffung einer Stelle für Natur- und Landschaftsschutz und auf staatliche Maßnahmen zum Schutz des Künstlers in Ulm, der Frauenkirche in Eßlingen und der Heiligkreuzkirche in Gmünd beziehen.

Kunmehr besaßte sich das Haus noch mit den Höheren Schulen. Nächste Sitzung Dienstag nachmittag.

## Ingeborg.

Roman von Fr. Dehne.

Uebersetzung durch Stuttgarter Romanzentrale G. Aldermann, Stuttgart.

Sie gab ihm einen leichten, lafenden Schlag auf die Wangen. „Sie Schmeichler! Doch kommen Sie und machen es sich bequem.“

„Wie gemütlich ist es bei Ihnen, wirklich gemütlicher als bei uns daheim; da weht eine so süßliche Atmosphäre.“

„Wunderbar sah er sich in dem modernen und geschmackvoll eingerichteten Raume um; da war nicht ein Stuhl, das nicht hindern, hört und die Harmonie gestört hätte!“

„Sie reichte ihm Zigarette und Feuerzeug. „Bitte, bedienen Sie sich, und mir gestatten Sie auch eine Zigarette, da ich mir nämlich fast Lebensbedürfnis.“

Ganz von selbst war schließlich das Gespräch auf Ingeborg gekommen, von der die Baronin förmlich schwärmte.

„Ich lernte sie im Sommer kennen; sie war in Riffingen engagiert, ein liebes und bei allen Erfolgen so bescheidenes Geschöpf! Dort habe ich sie genügend beobachtet und erkannt, so daß ich ihr unbedingt mein Haus öffnen kann. Sie ist eine Künstlerin von Gottes Gnaden. Leider ist ihr Engagement hier nur vorübergehend, da sie unser Fräulein Hellwig, die wegen Krankheit beurlaubt ist, vertreten soll. Vom nächsten Jahre an ist sie für Berlin verpflichtet, wo sie schließlich die Sehnsucht aller Künstler ist. Wir werden sie sehr ungern scheiden lassen, sie ist viel besser als die Hellwig, die allerdings eine blendende, routinierte Darstellerin ist, aber ohne Gefühl! Wenig zum Beispiel als „Doro“.“

„Da hab' ich sie auch gesehen!“ warf Dietrich ein. „So? — Nicht wahr, sie war hübsch?“ sagte die Baronin lebhaft, „es ist ja allein schon eine Augenweide,

wiejes begnadete Geschöpf anzusehen! Wirklich, man möchte Maler oder Bildhauer sein, sie zu verewigen“; sie war ganz begeistert.

„Und wo stammt sie her?“ — Dietrich wollte wissen, ob Inge davon gesprochen.

„Das weiß ich nicht. Sehen Sie, darüber hat sie nichts verkaufen lassen. Ich glaube, sie ist wohl gegen den Willen ihrer Eltern zur Bühne gegangen, wie ich aus einigen Andeutungen entnehmen konnte; Roland ist auch ihr nom de guerre! Aus guter Familie und sehr gebildet ist sie auf jeden Fall! Für mich bedeuten diese äußeren Umstände nicht so viel, mir gilt der Mensch an sich und sie ist ein vollwertiger Mensch; meine Kenntnis trägt mich da nicht.“

„Still hörte Dietrich ihr zu. Er hätte sehr gut ihre Mitteilungen ergänzen können; er wollte mehr als sie.“

„Sie scheint eine trübe Jugend gehabt zu haben, deshalb ist sie so ernst.“

„Sie wird sicher früher oder später einmal heiraten“, warf er langsam ein.

„Davon bin ich auch überzeugt, wenn sie es auch nicht zugeben will. Ich bitte Sie, solch' liebes und schönes Geschöpf — ich habe sie lieb, als ob sie mein Kind sei! Heute abend wird sie mit Gesellschaft leisten. Bei dem kühlen, feuchten Wetter der letzten Tage kann ich nicht gut ausgehen, da mir meine rheumatischen Schmerzen sehr zu schaffen machen. Ich liebe den November gar nicht, diesen trüben, sonnenlosen Monat, trotzdem er doch der Vorgänger des Weihnachtsmonats ist! — Uebrigens, werden Sie das Fest hier oder zu Hause verleben?“

„Diesmal auf Gatersburg —“ und er erzählte, daß er höchstens noch zwei Jahre den bunten Rock tragen wolle. Sobald er den Rittmeister habe, wolle er den Abschied einreichen und sich dann der Bewirtschaftung seiner Güter widmen.

Er sah nach der Uhr. Es war gleich sechs und für ihn hohe Zeit, zu gehen, da er eine Verabredung hatte. Frau von Franzus bedauerte, und er mußte ihr versprechen, bald wieder zu kommen, was er sehr gern tat. —

Dietrich Steined veräumte keine Vorstellung, in der er Ingeborg Roland beschäftigt wußte, und immer mehr wurde er von ihrem Diebsteig und ihrer hohen Künstlerfähigkeit gefesselt. Er war überrascht, welche Wandlungsfähigkeit ihr eignete. Ihre ganze Persönlichkeit ging unter in der Gestalt, die sie darzustellen hatte. Sie sah ihre Rollen nicht nur mit dem wägenden Verstande auf, sondern mit ihrem ganzen Gefühl, das stets unfehlbar das Richtige traf, ob sie nun eine der Idealgestalten der Mafstler oder eine elegante Salondame oder ein sogenanntes „kleines Mädel“ spielte; immer waren ihre Leistungen interessant und lebenswahr, so daß sie in dem Zuschauer das Gefühl auslösten, so und nicht anders habe der Autor es gemeint.

Sie war der anerkannte Liebling des vermögenden Publikums der großen Kunststadt geworden, und sie erhielt Einladungen aus den vornehmsten Kreisen; denn jeder suchte etwas darunter, die gefeierte Künstlerin zu seinen Gästen zu zählen.

So blieb es nicht aus, daß Dietrich und Ingeborg sich in Gesellschaft oft begegneten; aber mit keinem Wort und Blick wurde auf ihre frühere Bekanntheit angespielt. Sie waren sich beide fremd wie am ersten Tage ihres Zusammentreffens. Er war stets ausgesucht höflich und zuvorkommend, aber kühl. Mit Nacht kämpfte er gegen den immer größer werdenden Einfluß, den sie auf ihn ausübte. — Nein, es war für ihn unmöglich, die Schrankebergzuren, die zwischen ihnen bestand, nach dem, was sie ihm anboten! (Zweiter Teil.)



# Aus Stadt und Land.

Altensteig, 9. Februar 1925.

Ernannt wurde zum Eisenbahnsekretär der außerplanmäßige Eisenbahnsekretär Heybach in Nagold.

**Der gefellige Abend** des Schwarzwaldbezirksvereins Altensteig, zu welchem gestern Abend in die „Traube“ eingeladen war, erfreute sich eines recht guten Besuchs seitens der Mitglieder und ihrer Angehörigen. Nach einem flotten Eröffnungsmarsch der Streichmusik der Stadtkapelle begrüßte Vorstand Zimmermann die Erschienenen, warf einen Rückblick auf die Vereinstätigkeit im vergangenen Jahr und einen Ausblick auf das Wanderprogramm, das für das neue Jahr vorgesehen ist, gab die Namen derjenigen Mitglieder bekannt, die heuer durch ihre 25 jährige Mitgliedschaft das Ehrenzeichen erhalten und überreichte diese, zugleich den Wünschen für die das Ehrenzeichen erhaltenden Mitglieder und für den Verlauf des Abends Ausdruck gebend. Die mit dem goldenen Ehrenzeichen Dekorierten sind die Herren Dentist Ackermann, jetzt in Nürtingen, Bezirksnotar Beck hier, Inspektor Böhler in Winnenden, Konditor Fröh Flaig jr. hier und Baron Alfred von Güttingen in Berned. Es folgten dann die Darbietungen des Abends in bunter Reihenfolge, die außer den Streichmusikeinlagen sich aus ernstern und heiteren Vorträgen seitens einzelner Mitglieder des Vereins zusammensetzten, zu denen noch gemeinsam gesungene Lieder kamen. Da die Mitglieder unter sich waren, stellte man keine allzu großen Anforderungen. Gegeben wurden zwei komische Szenen von jungen Herren des Vereins, die manchen Heiterkeitserfolg zu verzeichnen hatten, Gedichte ersten und heiteren Inhalts in schwäbischer Mundart, meisterhaft vorgetragen von Oberlehrer Schwarz und eines solchen von Obersekretär Krapp. Während des Abends sprach Bezirksnotar Beck auch im Namen der übrigen mit dem Ehrenzeichen Dekorierten den Dank aus, zugleich ein ergreifendes Gedicht, zum Zeichen des Dankes vortragend. Die Unterhaltung war eine sehr angeregte und die Stimmung eine außerordentlich fröhliche, so daß die Streichmusik oft Mühe hatte, sich Gehör zu verschaffen. Es war ein gefelliger Abend in seiner wahrsten Bedeutung, einfach und schlicht in seiner Aufmachung und doch voll froher Stimmung und munterer Unterhaltung. — Möge der Verein sich im neuen Jahre gesund weiter entwickeln und mögen sich besonders die Mitglieder recht zahlreich einfinden, wenn es wieder gilt, unseren Schwarzwald mit seinen schönen Wäldern in gemeinsamen Wanderungen zu genießen.

**Behämpfung des Vorkunwesens.** Die Handwerkskammer Neutlingen hat kurz vor Ausbruch des Krieges ein gewerbliches Einziehungsamt in Neutlingen ins Leben gerufen, um in erster Linie das Vorkunwesen zu bekämpfen und weiterhin möglichst ohne Inanspruchnahme der Gerichte Außenstände für Handwerker und Gewerbetreibende einzuziehen. Eine weitere Aufgabe des Einziehungsamtes ist die Streitigkeiten, die aus Lieferungen und Leistungen der Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes entstanden sind, in gütlicher Weise beizulegen. Die Tätigkeit des Einziehungsamtes erstreckt sich räumlich auf den Schwarzwaldbereich. Den Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes wird dringend empfohlen, das gewerbliche Einziehungsamt Neutlingen, Burgplatz 1 im Gebäude der Handwerkskammer möglichst rechtzeitig in Anspruch zu nehmen.

**Landwirtschaftliche Vortragskurse.** Wie in den letzten Jahren, so wird auch die Württ. Landwirtschaftskammer in diesem Jahr landwirtschaftliche Vortragskurse über wichtige Fragen in der Landwirtschaft abhalten. Der erste Vortragskurs findet am 24. und 25. Februar in Heilbronn (Hotel zum Falken), der zweite am 26. und 27. Februar in Kottweil (Gasthaus zur Sonne) statt. Es wurden hierzu führende Männer auf dem Gebiet der Landwirtschaftswissenschaft und Technik gewonnen. So werden u. a. sprechen: Der Geschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrates, Präsident Dr. Kutschera-Berlin über die Reparationslasten der deutschen Landwirtschaft und ihre handelspolitische Lage, Professor Dr. Fingerling-Leipzig, Höderl über wichtige Düngungsfragen, Geheimrat Dr. von Ostertag-Stuttgart über neuere Erfahrungen bei Tierkrankheiten, Professor Dr. v. Strebel-Stuttgart über die zweckmäßigste Betriebsweise und die Lage der Landwirtschaft, über Wein- und Obstbau Landesökonomierat Schöffner-Weinsberg und Landesökonomierat Schönberg-Hohenheim.

**Calw, 7. Febr.** Am Donnerstag erstattete Fabrikant Blank einen eingehenden Bericht über die letzte Tagung der Kirchenversammlung, wobei er besonders die neue Kirchenordnung und die Kirchenbezirksordnung behandelte. Er nannte die Kirchengeschreibung in Württemberg ideal und betonte, daß der äußere Bau der Kirche nun so geordnet sei, daß es jedem Kirchengenossen wohl in der Kirche sein könne. Er hob ganz besonders hervor, daß er seine ganze Zeit und Mühe für die Kirche betätigt habe und daß er an allen Sitzungen der Kirchenversammlung teilgenommen und aktiv mitberaten habe. Da er der Südd. Vereinigung anhöre, versichere er, daß diese nicht unrichtlich gefasst und daß er selbst von lauterster Absicht für die Kirche tätig sei. Stadtpfarrer Lempp-Liebenzell erkannte die treue Tätigkeit des Abgeordneten an und gab zu, daß der Bezirk würdig vertreten gewesen sei, aber es sei immerhin beachtenswert, daß manche Kreise mit der Aufstellung von Blank nicht einverstanden seien. Dem Wahlausschuß sei der berechtigte Vorwurf zu machen, daß er ohne Zusammenberufen einer allgemeinen Kirchenversammlung vorgegangen sei. Die Aufstellung nur eines Kandidaten sei dann bedenklich, wenn in einer öffentlichen Versammlung ein Kompromiß beider Gruppen abgeschlossen worden sei. Bedenklich sei der innige Zusammenschluß der Südd. Vereinigung mit der Liebenzeller Mission. Letztere gebe zu verschiedenen

Klagen Anlaß. Die jungen Brüder dieser Mission gehen bei Belehrungsversuchen allzu härmisch vor und legen die Kirche und das kirchliche Amt herunter. Die Stellung der Südd. Vereinigung zum Abendmahl könne kaum mit der kirchlichen Ordnung in Einklang gebracht werden; auch sollen bei den Liebenzellern Brüdern Einzelfälle von eigenen Trauungen vorgekommen sein. Die Leitung der Mission verurteile zwar diese Mißgriffe, aber keine Nacht verbühne sie. Der Redner stellte dann noch die Frage an Blank, wie er sich zu dem Württlinger Geist des Vaters Stanger verhalte. Dallmayer habe diesen Geist als Torgeist bezeichnet und dieses Urteil sei bezeichnend aus dem Munde des Führers der deutschen Gemeinschaft. Blank gab zu, daß von den Liebenzellern Brüdern Dummheiten gemacht worden seien, Fehler überall vor, auch Pfarrer machen manchmal Dummheiten. Mit Württlingsen stehe er seit langem nicht mehr in Verbindung. Es sei möglich, daß Stanger durch seine Erfolge auf einen schiefen Weg gedrängt worden sei, aber sein Werk sei das eines Gottesmannes. Handelschuldirektor Jügel bedauerte die Aufstellung eines 2. Kandidaten und wünschte um Aufklärung über die Vorgeschichte der 2. Kandidatur. Dadurch wurde Mittelschullehrer Beck, der Leiter der Hahn'schen Gemeinschaft und ein Anhänger der 2. Kandidatur veranlaßt, gewisse Aufklärungen zu geben. Die Aussprache gestaltete sich im allgemeinen sehr unerquicklich und es ist bedauerlich, daß in den Gemeinschaftskreisen ein Bruderkrieg entstanden ist, der dem Ansehen der Gemeinschaften schadet.

**Stuttgart, 7. Febr.** (Reichsbund höherer Beamter.) Die aus 24 Fachvereinen höherer Beamter bestehende Landesgruppe des Reichsbundes höherer Beamter hielt ihre ordentliche Vertreterversammlung in Stuttgart ab. In einem Ueberblick über das Geschäftsjahr gab der Vorsitzende, Oberregierungsrat Haefner, Auskunft über die erfreuliche Entwicklung der neugegründeten Krankenunterstützungskasse, die jetzt über 4500 zahlende Mitglieder hat. Mit großem Beifall wurde auch der Vortrag des stellv. Vorsitzenden, Staatsanwalt Eisenbacher, „Der höhere Beamte und seine Organisation“ entgegengenommen. Die Wahlen brachten die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Eine einstimmig gefaßte Entschließung über die Durchführung der Sechsstellung auch bei den höheren Beamten und die angemessene Vermehrung der Spitzenstellen soll der Regierung vorgelegt werden. Eine weitere Entschließung über die Abklärung der vierjährigen Grundschulzeit für besonders begabte Schüler ging an den Reichstag ab.

**Besuch des Reichskanzlers.** Nach einer Mitteilung des Landtagspräsidenten wird den Landtagsabgeordneten Gelegenheit geboten werden, den Reichskanzler anlässlich seines Besuchs bei der württembergischen Regierung am Mittwoch nachmittag 4.30 Uhr zu begrüßen.

**Ins Zuchthaus.** Das Große Schöffengericht hat einen 42 Jahre alten ledigen Fuhrmann von Degerloch wegen eines im November vor. J. verübten Raubüberfalls auf einen alten Mann im Wald beim Dornhaldenschießplatz zu sechs Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Bei dem Raubüberfall hatte der Angeklagte den Ueberfallenen mit einem Spazierstock niedergeschlagen und seiner Burschenschaft beraubt.

**Zunahme der Spareinlagen.** Die Spareinlagen bei der Stadt, Sparkasse und ihren Zweigstellen sind auch im Januar weiter angewachsen. Die Ueberschüsse der Einlagen über die Rückzahlungen betragen rund 1,75 Millionen. Auf 31. Januar ergab sich ein Gesamteinlagebestand von 7,1 Millionen. Der Einlagenbestand der Stadt, Sparkasse belief sich im Januar auf rund 19,35 Millionen.

**Tübingen, 5. Febr.** (Verstorbener Totschlag.) Das Schwurgericht hat den Flaschner Jakob Schlenker von Pfullingen wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Schlenker lebte mit seiner Frau in Scheidungsklage. Nach der Rückkehr aus einem Nervenerholungsheim griff er seine Frau mit dem Messer an und brachte ihr einen Stich in den Rücken und einen Schnitt in den Hals bei.

**Neuenbürg, 7. Febr.** (Transportgefährdung.) In der Nacht auf 12. Dez. hatte der noch in jugendlichem Alter stehende Holzhauer Richard König und der Fuhrmann Rapp von Höfen auf dem Rückweg von Wildbad verschiedene Gegenstände, darunter drei nebeneinander gelegte Krüge und einen Bremszahn auf die Schienen gelegt und die Signaldrähte zur Regulierung der Einfahrtscheibe zusammengebunden, so daß eine Entgleisung des Arbeiterfrühzugs nur dadurch verhindert wurde, daß zufällig Weichenwärter Lecheler das Hindernis entdeckt hatte. Die Angeklagten wurden jetzt vom erweiterten Schöffengericht wegen Transportgefährdung verurteilt. König erhielt 1 Jahr 3 Monate, Rapp 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, woran je 1 Monat Untersuchungshaft abgehen.

**Sachsenhausen O.L. Heidenheim, 6. Febr.** (Vater und Sohn auf der Totenbahre.) Dieser Tage verschied nach langem, schwerem Leiden Maurermeister Kaspar Lindenmaier im Alter von 45 Jahren und tags darauf wurde sein 76 Jahre alter Vater, der frühere Gemeindepfleger Lindenmaier, bei der Arbeit plötzlich vom Tode ereilt.

**Vom Bodensee, 5. Febr.** (Errichtung eines Flughafens.) Wie die „Konstanzer Zeitung“ meldet, steht in den nächsten Tagen die Gründung einer Luftverkehrs-Gesellschaft Konstanzen bevor, die den Ausbau des Konstanzer Flughafens energisch in die Hand nehmen soll, um im Frühjahr rechtzeitig eine Inbetriebnahme des Hafens für den Flugverkehr zu ermöglichen.

**Vom Bodensee, 6. Febr.** (Gerissener Schwindler.) Vor dem Schwurgericht in Konstanz hatte sich der 47 J. alte, geschiedene Friedrich Maximilian Enger aus Krefeld, Redakteur und Journalist, wegen Urkundenfälschung und Betrugs im Rückfall zu verantworten. Das Konstanzer Gericht verhandelte gegen ihn in fünf Fällen von Betrug. Der

Betrugte ist vollständig taub. Seine Schwindeleien betrieb er schon seit 30 Jahren. Er machte sich vorzüglich an hochangesehene kirchliche und staatliche Persönlichkeiten heran. So gelang es ihm, u. a. den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Reichswehrminister a. D. Noske, Admiral Scheer, Erzengel Harnad und Staatskommissar Kahr in München zu beschwindeln. Während der letzten drei Jahrzehnte brachte er etwa 10 Jahre im Gefängnis und sieben Jahre in der Anstalt zu. Er war unzähligemale schon vorbestraft. Nach einem Urteil in München stellte sich heraus, daß er 15 hochgestellte Persönlichkeiten, meistens Generäle, beschwindelte. Schon mit 16 Jahren legte er sich den Dokortitel bei; er nannte sich Professor der Theologie, Gymnasiallehrer, Landrichter; er trat auch als Arzt auf und untersuchte als solcher Mädchen. Dann gab er sich wieder als Mitglied des Vereins zum Schutz gegen den Mädchenhandel und beschwindelte als solcher die Eltern. Das Gericht verurteilte den Enger wegen Betrugs im Rückfall im rechtlichen Zusammenreffen mit Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis.

## Puntes Allerlei

**Aus der Fremdenlegion entkommen.** Aus Zeusenroda bei Gera wird gemeldet: Aus der Fremdenlegion entkommen und nach hier zu seinen Eltern zurückgekehrt ist der 25jährige Sohn des Härbermeisters Bauer. Im vorigen Sommer gelang ihm die Flucht aus Syrien, indem er den Kuptrat durchschwamm. Bauer hat vier Jahre den Weltkrieg mitgemacht und elsdann in der Fremdenlegion gedient. Nach seiner Aussage bilden dort immer noch 90 Prozent Deutsche die Stärke der Legion.

**Im Justizpalast erschossen.** Das Schwurgericht Magdeburg verurteilte den früheren Polizeiwachmeister Gerner zu 13 Jahren Zuchthaus. Gerner hatte im November v. J. Schluß einer Gerichtsverhandlung im Magdeburger Justizpalast den Justizwachmeister Kaumann erschossen.

**Unfall bei einer Beerdigung.** Bei einer Beerdigung im Oktober in Weichenwasserlos in Oberfranken wurde das 12jährige Töchterchen eines Landwirts von einem stürzenden Grabstein erschlagen.

**Zwei Leipziger in den Alpen tödlich verunglückt.** Zwei Freunde, Dr. Bergemann und Bernhard Lorenz, die vor einigen Tagen von Leipzig wegfuhrten, um in der Winterlandschaft der Berchtesgarter Alpen Erholung zu suchen, sind dort bei einer Skitour tödlich verunglückt.

**Ein teuflisches Kind.** In Los Angeles (Nordamerika) wurden beispiellose Verbrechen eines Kindes aufgedeckt. Die 14jährige Elsa Thompson gestand ein, bisher sechs Menschen vergiftet zu haben. Außerdem habe sie vor zwei Jahren ihre beiden Zwillingsschwester getötet, die auf ihre Veranlassung Glasplitter schluden mußten.

**Hohenzollernlagen.** In dem Prozeß um die zum Hausfideikommiß des preussischen Königshauses gehörigen Rittergüter Mittweida und Eschleben wurde das Urteil verkündet. Der Aussetzungsantrag des baltischen preussischen Fiskus wurde abgelehnt und festgestellt, daß der preussische Staat nicht Eigentümer der beiden Güter ist, sondern daß diese vielmehr wie der Gesamtfideikommiß Eigentum des preussischen Königshauses sind.

**Gilbert Parker in London.** Der Generalagent der Reparationen, Gilbert Parker, ist in London eingetroffen, wo er mit dem englischen Schatzminister über die Umwandlung der 26prozentigen Reparationsanleihe in eine monatliche Pauschalsumme verhandelt. In englischen Regierungskreisen scheint Neigung zu bestehen, derartige Vorschläge unter der Voraussetzung anzunehmen, daß die Zahlungen in monatlicher Valuta, nicht in Rentenmark, erfolgen.

**Tödlicher Absturz tschechischer Militärflieger.** Ein Militärflugzeug vom Fliegerregiment in Olmütz ist am Freitag mittag in der Stadt Kremsier brennend abgestürzt. Die beiden Insassen sind tot.

**Zum Fall Denke.** Bei Mitteilungen über die Verbrechen des Münsterberger Massenmörders Denke war gelegentlich auch erwähnt, er sei ein eifriger Kirchhänger gewesen. Hierzu wird dem „Leipziger Kirchenblatt“ von dem evangelischen Ortspfarrer mitgeteilt, daß Denke seit 20 Jahren die Kirche nicht mehr betreten hat und auch seine Kirchensteuern zahlte. Die Münsterberger Herberge, wo die Opfer des Mörders vielfach ihre Unterkunft fanden und der man jetzt einen unentschuldbaren Mangel an Berührung macht, ist schon seit Jahren nicht mehr Mitglied des evangelischen schlesischen Herbergsverbandes, da sie durch Verkauf weltliches Gasthaus geworden ist. Im übrigen sind in den letzten Tagen neue Scheußlichkeiten Denkes aufgedeckt worden.

**Die Entwicklung des Rundfunks in Deutschland.** Die Teilnehmerzahl im ganzen Reiche am Rundfunk war bis Ende November 1924 auf 462 906 gestiegen. Nach Angaben im „Rundfunkverkehr“ verteilt sich die Zahl der angemeldeten Hörer und deren Zunahme im November vorigen Jahres auf die einzelnen Sendebereiche wie folgt: Berlin 186 158, Zunahme im November 37 686; Hamburg 66 839 (10 780); München 61 406 (12 159); Leipzig 40 021 (7 056); Frankfurt a. M. 38 444 (5 232); Breslau 35 020 (4 794); Stuttgart 15 637 (3 461); Königsberg i. Pr. 10 282 (2 132); Münster i. Westf. 9 099 (2 985).

**Trockenheit in Italien.** In Südtalien herrscht eine derartige Trockenheit, daß die Elektrizitätskraft zu fehlen beginnt. Infolgedessen mußte in Neapel der Betrieb der elektrischen Straßenbahn eingeschränkt werden.

**Vier Kinder verbrannt.** Nachts brach in dem Hause des Schneidermeisters Raab in Ostrop bei Ramenz ein Feuer aus, wobei 3 Kinder des Raab, sowie eine Vegetarierin von 13 Jahren in den Flammen umkamen.

**Eine eigenartige Lotterie.** In Paolajola bei Bergamo fand man in der Ecke des Marktplatzes ein großes Paket, in dem ein neugeborenes Kind eingewickelt war. Binnen einer Stunde meldeten sich acht kinderlose Ehepaare, die den Findling an Kindesstatt annehmen wollten. Der Bürgermeister veranstaltete eine Lotterie, deren Haupt-

